

Christoph Classen

„Guten Abend und Auf Wiederhören“. Faschismus und Antifaschismus in Hörfunk- kommentaren der frühen DDR

*Die Kämpfe im Bereich der Repräsentationen sind nicht minder wichtig
als ökonomische Kämpfe, wenn man die Mechanismen verstehen will,
durch die eine Gruppe ihre Sicht der sozialen Welt,
ihre Werte und ihre Herrschaft durchsetzt oder durchzusetzen sucht.*
Roger Chartier¹

Am 30. Oktober 1949 sendete der Berliner Rundfunk einen Kommentar des damaligen Intendanten des Senders (und späteren Chefredakteurs der Zeitschrift „Sinn und Form“), Wilhelm Girnus, in dem dieser Impressionen von einer Reise in die ČSSR und nach Florenz schilderte.² Girnus, der selbst vor 1945 in den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Flossenbürg inhaftiert und dem Tod nur knapp entgangen war, beschrieb darin die Scham, die er als Deutscher empfunden habe, wenn die Sprache in diesen Ländern auf die von Deutschen begangenen Kriegsverbrechen kam. Doch obwohl der Beitrag mit einer eindringlichen Schilderung seiner Gefühle während einer Gedenkfeier in Lidice³ begann, war Girnus nicht an einem moralischen Appell gelegen, etwa im Sinne eines Aufrufs zu kollektiver Verantwortung, wie er zur gleichen Zeit in der Bundesrepublik beispielsweise von Theodor Heuss oder Karl Jaspers vertreten worden ist. Sie diente ihm vielmehr als „Aufhänger“, um zum eigentlichen Thema des Kommentars überzuleiten: der Gründung der DDR am 9. Oktober 1949.

¹ Roger Chartier, Kulturgeschichte zwischen Repräsentationen und Praktiken, in: Ders., Die unvollendete Vergangenheit, Geschichte und die Macht der Weltauslegung, Frankfurt a. M. 1992, S. 7-23, hier: S. 12.

² Deutsches Rundfunkarchiv (DRA) Berlin, Bestand Hörfunk, B 204-02-01/0689.

³ Der Ort wurde nach dem tödlichen Anschlag auf den stellvertretenden „Reichsprotektor für Böhmen und Mähren“, Reinhard Heydrich, am 9. Juni 1942 von Polizei und SD umstellt. 198 Männer wurden erschossen, 184 Frauen größtenteils ins KZ Ravensbrück verschleppt, ihre Kinder ins Lager „Wartheland“. Anschließend zerstörten die Deutschen das Dorf vollständig. Zusammen mit dem französischen Ort Oradour-sur-Glane ist Lidice nach 1945 zu einem Symbol für die willkürliche Brutalität gegenüber der Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten geworden. Vgl. Willi Drefen, Lidice, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Legenden, Lügen, Vorurteile, München 1994, S. 149f.

Was auf die Hörer zunächst irritierend gewirkt haben mochte, nämlich die Verbindung von persönlichen Reiseerlebnissen des Intendanten im europäischen Ausland mit dem Akt der Staatsgründung, folgte durchaus einer übergeordneten Logik. Denn für Girmus stellte die Institutionalisierung der DDR als sozialistischer Staat auf deutschem Boden die adäquate und logische Konsequenz aus der faschistischen Vergangenheit dar. Nur auf diesem Wege, so argumentierte er weiter, könne Deutschland in der Welt Vertrauen zurückgewinnen, allein so ließen sich Weltfrieden und soziale Gerechtigkeit dauerhaft sichern. Diese Argumentation reklamierte – nur drei Wochen nach der offiziellen Proklamation der DDR – für die Republik das, was sie auch in der Folge stets zu sein behauptete: ein zum Staat geronnener Antifaschismus.

Girmus' Rundfunkbeitrag stellt ein frühes Beispiel der Legitimation der DDR durch Geschichte dar, genauer: durch explizite, aktive Abgrenzung vom Nationalsozialismus. Politische Maßnahmen mit der Behauptung zu begründen, damit das Testament des „besseren“ Deutschlands der Widerständler und Opfer zu vollstrecken, war an sich nichts neues, sondern findet sich schon zu Zeiten der SBZ. Eine neue Qualität scheint allerdings erreicht, wenn nicht mehr nur einzelne politische Handlungen historisch begründet wurden, sondern Geschichte nun gewissermaßen pauschal zur Legitimation eines ganzen Staatsgebildes dienen sollte.

Die Indienstnahme der nationalsozialistischen Vergangenheit für Herrschaftsinteressen der DDR-Führung erschöpfte sich nicht in der Behauptung, ein explizites Gegenmodell zum NS-Staat geschaffen zu haben. Gleichsam eine Ebene tiefer rangierte der aus den individuellen Widerstands- bzw. Emigranten-Biographien abgeleitete Führungsanspruch der Parteikader. So hieß es in einem Kommentar des stellvertretenden Intendanten des Deutschlandsenders, Hermann Zilles, zu den Kandidaten des Zentralkomitees auf dem III. Parteitag der SED beispielsweise über Hermann Axen:

„jugendlicher Streiter gegen Krieg und Faschismus, durch Hitlers Zuchthäuser und Konzentrationslager geschleift. Einzelne Stationen: Auschwitz, und Buchenwald. Ich erinnere mich noch gut an eine Sitzung des Parteiaktivs von Buchenwald, kurz nach der Befreiung. Die Lagerkumpels, die bisher in tiefster Illegalität den Widerstand gegen die SS-Mörder organisiert hatten, berieten zum ersten Mal offen die Fragen der Zukunft des deutschen Volkes. [...] Da meldet sich ein junger Kamerad zum Wort und

entwickelt neue Formen, neue Methoden zur Gewinnung der ganzen deutschen Jugend für die Ideale der Nation, des Friedens, der Freiheit [...]“⁴

Es ist das Bild des ebenso bewährten wie gleichwohl dynamischen und stets zukunftsorientierten antifaschistischen Helden, das Zilles hier vermitteln möchte, nicht ohne beiläufig seine eigene Autorität als kommunistischer Häftling in Buchenwald einzuflechten.⁵

Obwohl sich noch mehrere Beispiele für die Konstruktion eines antifaschistischen Leitbildes sowohl auf einer abstrakten, institutionellen als auch auf der individuell-biographischen Ebene anführen ließen, findet sich unter den rund 50 erhaltenen Kommentaren aus den Jahren 1949 bis 1954, die einen Bezug zum Nationalsozialismus aufweisen,⁶ sehr viel häufiger der gleichsam komplementäre Entwurf eines faschistischen Feindbildes. Ein wesentlicher Grund dürfte darin zu suchen sein, daß vorhandene Resentiments in der Bevölkerung gegenüber der Legitimation von Widerstand gegen den Nationalsozialismus, wie sie in der Bundesrepublik bestanden haben,⁷ auch in der DDR existierten. Als gesellschaftliches Leitbild bot sich der Widerstand deshalb zumindest in dieser frühen Phase, in der noch keine Generationen ohne eigene politische Erinnerung an die NS-Zeit herangewachsen waren, nicht ohne weiteres an. Möglicherweise führte dies zu einer gewissen Zurückhaltung in der öffentlichen Thematisierung. Auffällig ist aber auch insgesamt der starke Bezug des Rundfunkprogramms auf die Bundesrepublik, in dem sich Ausmaß und Charakter der öffentlichen Auseinandersetzung mit dem „objektiven Gegner“⁸ spiegeln, und das den Eindruck eines stark defensiven Verhältnisses vermittelt.

⁴ DRA Berlin, Bestand Hörfunk, B 205-01-01/0030, Tageskommentar vom 25.7.1950.

⁵ Zum kommunistischen Widerstand in Buchenwald und seiner Rezeption in der DDR: Lutz Niethammer (Hrsg.), *Der 'gesäuberte' Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald*, Berlin 1994.

⁶ Es handelt sich dabei um Sendemanuskripte im historischen Archiv des Deutschen Rundfunkarchivs (DRA) Berlin. Die Quellenlage ist disparat; aus den Jahren 1949–52 ist die Überlieferung von Sendemanuskripten eingeschränkt, aus dem Jahr 1953 sind keine Manuskripte erhalten. Das Material von 1954 wurde vom Autor noch nicht vollständig gesichtet. Vgl. zur Quellenlage allgemein: Ingrid Pietrzynski, *Der DDR-Rundfunk ist tot – es leben die Akten*, in: Heide Riedel (Hrsg.), *Mit uns zieht die neue Zeit. 40 Jahre DDR-Medien*, Berlin 1993, S. 299–302.

⁷ Vgl.: Norbert Frei, *Erinnerungskampf. Zur Legitimationsproblematik des 20. Juli 1944 im Nachkriegsdeutschland*, in: Christian Jansen/Lutz Niethammer/Bernd Weisbrod (Hrsg.), *Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Hans Mommsen zum 5. November 1995*, Berlin 1995, S. 493–504, bes. S.496 f.

⁸ Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft*, München 1986, S. 654.

Das entgegengesetzte Feindbild „des Faschismus“ war also schon deshalb omnipräsent, weil die „faschistische Struktur“ bzw. die „Refaschisierung“ der BRD das vorherrschende Interpretationsparadigma bei der häufigen Auseinandersetzung mit dem westlichen Staat darstellte. Die nationalsozialistische Vergangenheit von Vertretern der bundesrepublikanischen Eliten wurde genutzt, um diese und mit ihnen auch die durch sie repräsentierte Politik zu delegitimieren. Immer wieder finden sich in den Kommentaren auch schon der frühen fünfziger Jahre Verweise auf die Funktion oder das Verhalten von Politikern, Juristen und Repräsentanten des Wirtschaftslebens während des Dritten Reiches. Ohne Zweifel boten die zahlreichen bruchlosen Karrieren von NS-Belasteten in der Bundesrepublik eine breite Angriffsfläche für Kritik.⁹ Es ging der DDR-Spitze aber vor dem Hintergrund des Kalten Krieges weniger um eine substantielle Auseinandersetzung mit der Integrationspolitik der Bundesrepublik, als vielmehr um die Nutzung dieses „wunden Punktes“ zur Denunziation des nach realsozialistischer Lesart weiterhin „faschistischen“ Staates.

Ein Beispiel dafür bietet die mehrfache Auseinandersetzung mit Theodor Heuss im Zusammenhang mit dessen zweiter Amtsperiode als Bundespräsident. Im Vergleich zu anderen Politikern wie Oberländer oder Globke, bei denen sich eine Verstrickung in den Nationalsozialismus nicht nur behaupten, sondern auch belegen ließ, taten sich die ostdeutschen Kommentatoren im Falle des obersten Repräsentanten der Bundesrepublik schwerer. Obwohl mehr als einmal ausführlich die kritischen Punkte seiner Biographie ausgebreitet wurden (und hier besonders seine Zustimmung zum sogenannten „Ermächtigungsgesetz“ 1933 im Reichstag und Veröffentlichungen in der nazistischen Wochenzeitung „Das Reich“), wurde Heuss nicht einfach als „Faschist“ denunziert. Statt dessen wurde argumentiert, Heuss repräsentiere die „Maske eines Biedermanns“, hinter der „die kriegslüsternen deutschen Militaristen“ derzeit noch ihre eigentlichen Absichten verstecken müßten, um das Volk zu täuschen.¹⁰ Die Situation sei jener vor der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ unmittelbar vergleichbar: „Es ist immer gut und richtig, meine Hörer, die Augen nicht vor der Vergangenheit zu verschliessen. Auch 1932 gab es eine Präsidenten-

⁹ Vgl. zur generösen Integration der NS-Täter und der verbreiteten „Schlußstrich-Mentalität“ in der frühen Bundesrepublik die umfassende Studie von Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996.

¹⁰ DRA Berlin, Bestand Hörfunk, DS 54/1469, „Aus Deutschlands Hauptstadt“, Deutschlandsender, 17.7.1954; Autor: Alois Landherr.

wahl, die Wahl des Reichspräsidenten. Damals sagten die Kommunisten mit aller Entschiedenheit: Wer Hindenburg wählt, der wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt den Krieg. Die Geschichte gab ihnen recht, nicht der sozialdemokratischen Parteiführung.“¹¹ Noch zugespitzter formulierte ein anderer Beitrag nach der Wahl: „Nach der Methode der Roßtäuscher wählten sie Heuss, obwohl sie Kesselring meinen. So wie sie damals Hindenburg wählten, um Hitler den Weg frei zu machen.“¹²

Anders als bei den großangelegten Kampagnen ab Ende der fünfziger Jahre, für die im Vorfeld umfangreiche Recherchen durchgeführt wurden,¹³ waren die Rundfunkcommentatoren zu dieser Zeit im schnellebigen tagesaktuellen Geschäft offensichtlich auf bescheideneres Material angewiesen. Anders lassen sich die häufig bemüht wirkenden Versuche, die jeweiligen Gegner in den Ruch „brauner“ Gesinnung zu bringen, kaum erklären. Beispielsweise heißt es 1952 in einem Kommentar Karl-Eduard von Schnitzlers zu einem Gerichtsprozeß in Dortmund: „Landgerichtsdirektor Rheinland, der sich in der Hitlerzeit von seiner jüdischen Frau getrennt und sie in den Selbstmord getrieben hat, verhängte 76 Monate Gefängnis.“¹⁴

Die Beiläufigkeit, mit der hier eine einschlägige Anschuldigung im Nebensatz untergebracht wird, ist keineswegs untypisch. Ein Porträt anlässlich der Wahl des CDU-Politikers Walther Schreiber zum Regierenden Bürgermeister von Berlin im Juni 1954 sah bereits in dessen juristischer Beratung einer „faschistischen Frauenführerin“ den Beweis einer entsprechenden Gesinnung.¹⁵ Die Instrumentalisierung nationalsozialistischer Karrieren, um daraus politisches Kapital zu schlagen, war also nicht erst eine Erfindung der ideologischen Kampagnen seit Mitte der fünfziger Jah-

¹¹ DRA Berlin, Bestand Hörfunk, DS 54/1457a, „Aus Deutschland für Deutschland“, Deutschlandsender, 15.7.1954; Autor: Rubitzsch.

¹² DRA Berlin, Bestand Hörfunk, DS 54/1472, Kommentar des Deutschlandsenders, 17.7.1954; Autor: Erich Selbmann. Interessant ist eine redaktionelle Änderung: Ursprünglich lautete der letzte Satz: „So wie sie damals Hindenburg wählten und an Hitler dachten“.

¹³ Michael Lemke, SED-Kampagnen gegen Bonn 1960-1963, in: Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte (VfZ) 2/1993, S.153-174; vgl. auch ders., *Instrumentalisierter Antifaschismus und SED-Kampagnenpolitik im deutschen Sonderkonflikt 1960-1968*, in: Jürgen Danyel (Hrsg.), *Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten*, Berlin 1995, S. 61-86.

¹⁴ DRA Berlin, Bestand Hörfunk, B 095-00-01/0099, Kommentar im Berliner Rundfunk vom 22.10.1952.

¹⁵ DRA DS 54/1554, „Aus Deutschlands Hauptstadt“, Deutschlandsender 30.7.1954, Autor: Janowitz.

re, sondern wurde – im kleineren Stil und nicht zentral koordiniert – im Hörfunk schon zu Beginn des Jahrzehnts betrieben.

Daß die Vergangenheit dabei stets Mittel zum Zweck war und keineswegs eine aufklärerische Intention hinter den mehr oder minder spektakulären Enthüllungen stand, zeigt sich an der Funktionalität dieser Waffe, die nicht nur den äußeren Feind Bundesrepublik traf, sondern bei Bedarf jederzeit gegen vermeintliche oder wirkliche Gegner im Inneren gerichtet werden konnte. Als wohl prominentestes Beispiel für diese Strategie kann die offizielle Interpretation des Juni-Aufstandes 1953 gelten, der in der DDR bekanntlich als von Westdeutschland gesteuerter „faschistischer Putschversuch“ galt.¹⁶ In den Kommentaren zum Schauprozeß gegen die „Rädelsführer“ und „faschistischen Provokateure“ versuchte der Partei- und Staatsapparat diese Sicht zu untermauern, indem sie den Angeklagten Kriegsverbrechen oder nationalsozialistische Gesinnung unterstellten. So hieß es beispielsweise über einen der Beschuldigten: „Ausrauben – zerstören der Gebiete im Osten, das war von eh und je sein Geschäft. Damals war sein Auftraggeber das Ministerium Rosenberg, jetzt der sogenannte Forschungsbeirat.“¹⁷

Im Falle eines anderen Angeklagten lautete der Vorwurf, er habe sich als ehemaliges SA-Mitglied in den dreißiger Jahren an Pogromen gegen Arbeiter beteiligt.¹⁸ Auch verdiente Widerständler konnten derartige Anschuldigungen treffen, wenn es politisch opportun erschien. Dies illustriert exemplarisch der Fall des Ministerialdirektors Willi Brundert, der im Dessauer Schauprozeß 1950 wegen angeblicher Wirtschaftssabotage zu 15 Jahren Haft verurteilt wurde.¹⁹ Obwohl vor 1945 aktiv im Widerstand und politisch verfolgt, galt er nun als „Nazi-Wirtschaftsführer“, der nach 1945 in englische Dienste getreten sei, um identische Ziele zu verfolgen: eine Aufrüstungs- und Kriegspolitik, die seinem Konzern (Continental) nütze.

¹⁶ Karl Wilhelm Fricke, Todesstrafe für Magdeburger „Provokateur“. SED-Rachejustiz nach dem 17. Juni, in: Deutschland-Archiv 26 (1993), S. 527-531. Vgl. zum Aufstand allgemein: Ilko-Sascha Kowalczyk/Armin Mitter/Stefan Wolle (Hrsg.), Der Tag X – 17. Juni 1953. Die „Innere Staatsgründung“ der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54, Berlin 1995.

¹⁷ DRA Berlin, Bestand Hörfunk, DS 54/1199, Kommentar im Deutschlandsender vom 11.6.1954; Autor: Chefred. Erich Selbmann.

¹⁸ DRA Berlin, Bestand Hörfunk, DS 54/1191, Sendung für die Jugend (Deutschlandsender) vom 11.06.1954. Autor: Günzel.

¹⁹ Vgl. zum Fall: Karl Wilhelm Fricke, Politik und Justiz in der DDR, Zur Geschichte der politischen Verfolgung 1945-1968, Köln 21990, S. 578 f., sowie zur allgemeinen Praxis der politischen Justiz in dieser Zeit, S. 204 ff.

Das übergeordnete Interesse sei dabei, die volkseigenen Produktionsgüter wieder in den Besitz der Kriegsverbrecher zu überführen.²⁰

Eine solche „Flexibilität“ im Umgang mit Biographien konnte es auch umgekehrt geben, nämlich dann, wenn ein ehemaliges Mitglied der NS-Elite bereit war, den Kurs der Partei argumentativ zu stützen. Im Zusammenhang mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der Bundesrepublik berief sich ein Kommentar auf Generalfeldmarschall Paulus, den ehemaligen Oberbefehlshaber der 6. Armee vor Stalingrad, der sich gegen die geplante Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) ausgesprochen hatte. Das schwierige Unterfangen, Paulus' besondere Autorität in dieser Frage zu betonen, ohne ihn dabei gleichzeitig zu desavouieren, löste der Autor, indem er ihn folgendermaßen vorstellte: Paulus sei „ein Mann, der an hervorragender Stelle Einblick hatte in die Ereignisse des zweiten Weltkrieges“.²¹

Ebensowenig, wie das antifaschistische Leitbild auf Individuen als Identifikationsfiguren beschränkt blieb, gilt dies auch für das faschistische Feindbild. Als „faschistisch“ wurden nicht nur einzelne Personen klassifiziert, sondern auch politische Maßnahmen der Bundesregierung, gesellschaftliche Institutionen, der gesamt Bonner Staat und schließlich weite

²⁰ DRA Berlin, Bestand Hörfunk, B 204-02-01/0045, so die Vorwürfe in einem Kommentar von Hermann Zilles, der am 27.4.1950 im Berliner Rundfunk/Deutschlandsender ausgestrahlt wurde. Zilles verstieg sich in seinem Beitrag zu der skurrilen Behauptung, der Gummi-Konzern Continental, der im Zweiten Weltkrieg Giftgas produziert habe, „würde jetzt gern den Amerikanern die Atombombe liefern“. Ähnlich gelagert ist die Beurteilung des ehemaligen Verfassungsschutzpräsidenten Otto John, der, obgleich während des Nationalsozialismus aktiver Widerstandskämpfer, mehrfach einer faschistischen Gesinnung geziehen wurde. DRA Berlin, Bestand Hörfunk, DS 54/1127, DS 54/1427. Die Einschätzung seiner Person änderte sich naheliegenderweise nach seinem Wechsel von der Bundesrepublik in die DDR: „Es war der einzige Weg für ihn (seine Flucht in den Osten, C.C.), gegen die Nazis und für Deutschlands Einheit zu kämpfen.“ (DRA Berlin, Bestand Hörfunk, DS 54/1653, militärpolitischer Kommentar des Deutschlandsenders vom 14.8.1954; Autor: Wilfried Burchett).

²¹ DRA Berlin, Bestand Hörfunk, DS 54/1359, Kommentar des Deutschlandsenders vom 2.7.1954, Autor: Klaus Dieter Kröber. Die Berufung auf Paulus und dessen aus seiner früheren Position abgeleitete Autorität war kein Einzelfall. Sie konnte auch ganz explizit geschehen: Am 2.7.1954 veranstaltete der „Ausschuß für Deutsche Einheit“ unter Leitung Albert Nordens mit ihm eine Pressekonferenz, in der Paulus zu aktuellen politischen Fragen (insbesondere gegen die geplante EVG) Stellung nahm. Teile seiner Ausführungen wurden am 31.7.54 als „militärpolitischer Kommentar“ gesendet, die Veranstaltung in einer aufwendigen Broschüre dokumentiert (DRA Berlin, Bestand Hörfunk, DS 54/1563). Aufschlußreich ist dabei schon die Gestaltung des Titelblattes: unter der Überschrift „Generalfeldmarschall Paulus spricht“ befindet sich ein Foto des Referenten in Zivilkleidung, während im Hintergrund blaß, aber in doppelter Größe ein Porträt in Wehrmachtsuniform zu sehen ist, wobei besonders das EK I sofort ins Auge fällt.

Teile des westlichen Lagers überhaupt. Die Vorwürfe konnten dabei die Form nicht näher kommentierter Unterstellungen haben, wenn beispielsweise behauptet wurde, die Bundesregierung sei „zu 80 Prozent aus Nazis zusammengesetzt“,²² oder die grundsätzliche Gleichartigkeit politischer Ziele und Methoden im NS-Staat und in der Bundesrepublik unterstellt wurde. Mehrfach finden sich in den zeitgenössischen Rundfunkkommentaren Gleichsetzungen der Rechtssysteme²³ oder von Institutionen der Exekutive, z.B. dem Verfassungsschutz, der eine „Nachfolgeorganisation der Gestapo“ sei.²⁴ Eine typische Argumentation konnte dabei folgendermaßen ausfallen:

„Schon wird bekannt, daß die Neumann und Reuter in Westberlin eine sogenannte ‘Schutzformation’ gründen, wie sie bereits in Westdeutschland besteht. Auch die SS bezeichnete sich in ihren Anfängen als Schutzstaffel. Und es wird wohl kaum sehr unterschiedlich sein, daß heute das SF heißt, was sich früher stramm und schneidig SS nannte. In jedem Falle bleibt die strategische Aufgabe die gleiche, nämlich dem Andersdenkenden in handgreiflichster Form klar zu machen, welche Unannehmlichkeiten es mit sich bringt, eine selbständige Meinung zu haben.“²⁵

²² Und schütze deshalb bekannte Naziverbrecher vor einer Auslieferung in die DDR, DRA Berlin, Bestand Hörfunk, B 204-02-01/0014, Kommentar des Deutschlandsenders u. Berliner Rundfunks vom 10.6.1950, Autor: Erich Böhm. Eine ähnliche Tendenz wies die Behauptung auf, das Amt Blank beherberge 1954 „420 Hitleroffiziere mehr als in Hitlers Kriegsministerium 1936 (beschäftigt waren)“; DRA Berlin, Bestand Hörfunk, DS 54/1628, Außenpolitische Umschau des Deutschlandsenders vom 16.08.1954, Autor: Alfred Duchrow.

²³ Zum Beispiel im Kommentar des Rechtsprofessors Karl Polak auf dem Deutschlandsender vom 6.7.1954 zu einem Prozeß vor dem BGH (DRA Berlin, Bestand Hörfunk, DS 54/1388): „Wir haben es in Karlsruhe mit einer Prozeßführung zu tun, die nur in der Justiz des Hitlerreiches eine Parallele findet. Vor dem Freislerschen Volksgerichtshof war den standhaften Antifaschisten alle Möglichkeit genommen, die wirkliche Lage unseres Volkes – die geschichtliche Wahrheit darzulegen, die ihnen als ehrlichen Deutschen den Kampf gegen Hitler aufzwang. Es genügte für Freisler die Feststellung der Gesinnung des Täters. Und war sie antifaschistisch, so war er ein Staatsverbrecher. In gleicher Weise lehnte das Karlsruher Gericht es ab, die durch die Remilitarisierung und EVG hervorgerufene wirkliche Lage unserer Nation (...) seiner gerichtlichen Untersuchung zugrunde zu legen.“

²⁴ DRA Berlin, Bestand Hörfunk, DS 54/1127, „Blick hinter die Kulissen“, Deutschlandsender, 12.7.54, Autor: Hermann Turowski.

²⁵ DRA Berlin, Bestand Hörfunk, B 095-00-01/0078, Kommentar des Berliner Rundfunks vom 20.11.1952. Autor war der langjährige Justitiar des DDR-Rundfunks und prominente Strafverteidiger Friedrich Karl Kaul.

Als „faschistisch“ galten aber nicht nur Institutionen der Bundesrepublik und der Adenauer-Staat insgesamt, sondern auch das „Kernland des Imperialismus“, die USA.

In der Logik des Lagerdenkens der SED-Führung²⁶ ergab sich der faschistische Charakter der USA (von der ökonomistischen Deutung des Faschismus einmal abgesehen) schon daraus, daß es sich bei der Bonner Republik lediglich um eine „Marionettenregierung“ handelte, an deren Fäden „Washington“ oder präziser „die Wallstreet“ zog. Als Indizien für die „Faschisierung der USA“²⁷ mußte dabei ein Sammelsurium gesellschaftlicher Diagnosen in den Vereinigten Staaten herhalten: neben wachsender Kriminalität Rassenkonflikte, die Repressionen des McCarthy-Ausschusses, angebliche Wahlfälschungen und der von Amerika ausgehende „kulturelle Verfall“, der andere Gesellschaften infiltriere:²⁸

„Der amerikanische Imperialismus nimmt alle Merkmale des Faschismus an – von der Wahlschiebung und dem Wahlterror über die Ausrottung der Kriegsgefangenen und der Bevölkerung in den besetzten Ländern wie Korea bis zur Aufstellung einer Gestapo und der Einrichtung von Konzentrationslagern. Wie das faschistische Deutschland verstärken die amerikanischen Monopole durch skrupelloseste Preisunterbietung ihre Ausfuhr und sperren gleichzeitig den eigenen Binnenmarkt gegen die Einfuhr ausländischer Waren ab.“²⁹

²⁶ Jürgen Danyel erklärt dies plausibel mit den biographischen Erfahrungen der überwiegend aus dem sowjetischen Exil zurückgekehrten Kader. Allerdings darf dabei nicht ausgeblendet werden, daß eine solche Lager-Logik stets auch instrumentellen Charakter hatte; vgl. Jürgen Danyel, Die Opfer- und Verfolgtenperspektive als Gründungskonsequenz? Zum Umgang mit der Widerstandstradition und der Schuldfrage in der DDR, in: Ders. (Hrsg.), *Geteilte Vergangenheit...*, S. 31-46.

²⁷ So der Titel eines Kommentars von Karl-Eduard von Schnitzler im Berliner Rundfunk vom 8.10.1952 (DRA Berlin, Bestand Hörfunk, B 095-00-01/0112).

²⁸ Die Vorwürfe konnten bis zu der Behauptung gehen, ein Jugendlicher sei durch die amerikanische Kultur zum Mörder geworden: „Wer will es wunder nehmen, dass die Pestkulturen wirken? Wer will sich darüber entsetzen, dass die junge, allen Eindrücken offene Seele des Kindes vergiftet wurde vom geistigen Strychnin der amerikanischen Schundschmöcker und Flimmerstreifen?“ (DRA Berlin, Bestand Hörfunk, DS 54/1387, Kommentar des Deutschlandsenders vom Juli 1954, Autor: Udo Krause). Das Phänomen des Anti-Amerikanismus -insbesondere im kulturellen Bereich- bedürfte einer eigenen breiten empirischen Untersuchung auf der Basis von veröffentlichtem Material; vgl. hierzu die Aufsätze von Uta G. Poiger, *Rock'n Roll, Kalter Krieg und deutsche Identität* sowie Michael Ermath, *‘Amerikanisierung’ und deutsche Kulturkritik 1945-1965. Metastasen der Moderne und hermeneutische Hybris*, in: Konrad Jarausch/ Hannelies Siegrist (Hrsg.), *Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945-1970*, Frankfurt a. M./New York 1997, S. 275-290 bzw. S. 315-334.

²⁹ Vgl. Anmerkung 25.

Dies mündete in eine Verschwörungstheorie, der zufolge „alte Nazis“ und „Wallstreet-Bankiers“ sich verbündet hätten, um nun gemeinsam die Vorbereitungen zur Entfesselung eines dritten Weltkriegs zu treffen.³⁰ Dabei versuchte man, an Dispositionen in der Bevölkerung anzuknüpfen, der zu großen Teilen die Leiden und Folgen des Krieges noch allgegenwärtig waren. Zugleich bediente man sich nationaler Kategorien: Die Tatsache, daß die Flächenbombardements auf deutsche Städte im Zweiten Weltkrieg von England und des USA ausgingen, bot sich an, um diese Mächte als Feinde zu brandmarken, die auch einen weiteren Krieg ohne Rücksicht auf das deutsche Volk führen würden: Die Bombardierung Dresdens war Beweis für den anhaltenden Kriegswillen und die Grausamkeit der Westmächte, in deren Kalkül deutsche Opfer keine Rolle spielten.³¹

Der Versuch, nationale Stimmungen gegen die Politik der Westmächte auszunutzen, zeigt sich auch, wenn den Hörern in der Bundesrepublik die Ohren für die niederen Ziele der amerikanischen Besatzer geöffnet werden sollten: Letztere schreckten, glaubt man einem Kommentar aus dem Jahre 1950, auch vor der Schändung nationaler Symbole nicht zurück und betrieben angeblich im Rahmen ihrer Kriegsvorbereitungen bereits die Sprengung des Loreley-Felsens.³² Kaum ein Kommentar kam ohne didaktische Pointe aus: Die Hörer im Westen mußten sich (im selben Beitrag) daran erinnern lassen, „dass sie bereits einmal die Warnungen der antifaschistischen Kämpfer in den Wind geschlagen und wie teuer sie dafür bezahlt haben.“

Diese Interpretation, die die Eskalation des Kalten Krieges einseitig den Westmächten unter Führung der USA anlastete und sich dabei der Erinnerungen an die Schrecken des Krieges bediente, durfte – bei aller pazifistischer Rhetorik – freilich nicht in Pazifismus münden:

„Die Menschen der ganzen Welt haben nur einen Feind: die angloamerikanische Kriegspartei und ihre Agenten. Sie bedrohen unser Vaterland, sie zerstören unsere schöne Natur, sie vernichten unsere Heimaterde. Sie zu hassen, heisst den Frieden lieben.“

³⁰ DRA Berlin, Bestand Hörfunk, B 204-02-01/0005; DRA Berlin, Bestand Hörfunk, B 095-00-01/0082.

³¹ Kommentar von Maximilian Scheer anlässlich des fünften Jahrestages des Bombenangriffs auf Dresden (13.02.1950).

³² DRA Berlin, Bestand Hörfunk, B 204-02-01/0005, Kommentar des Deutschlandsenders v. 25.6., Autor: Hermann Zilles (stellv. Intendant).

Sie zu bekämpfen bedeutet, den Frieden zu gewinnen.“ – „Die angloamerikanischen Imperialisten, das ist Krieg.“³³

Die dominante Instrumentalisierung von Vergangenheit für politische Zwecke findet sich nicht nur dort, wo die Kommentare ein aktuelles Thema haben und die Vergangenheit lediglich als „Argumentationshilfe“ benutzen, sondern auch da, wo – im Rahmen von Gedenktagen – historische Ereignisse selbst Gegenstand der Behandlung sind. Im Untersuchungszeitraum boten neben dem bereits erwähnten Gedenken der Bombardierung Dresdens der siebte Jahrestag der Kapitulation der 6. Armee vor Stalingrad sowie der zehnte Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion und der Vernichtung des französischen Dorfs Oradour-sur-Glane Anlaß zur Kommentierung im Hörfunk.

Die Kapitulation der Wehrmacht bei Stalingrad kommentierte am 1. Februar 1950 ein Zeitzeuge, dessen persönliche Erlebnisse den Ausgangspunkt des Beitrags bildeten. Der Übergang zu einer gegenwartsbezogenen Deutung war jedoch schnell vollzogen. Stalingrad wurde dabei zum Symbol für den Sieg des Kommunismus über „die 100-köpfige Hydra des Faschismus und seiner imperialistischen Auftraggeber“, zum „Beginn einer neuen Geschichtsepoche“ stilisiert. Es sei nicht nur „Fundament eines neuen deutschen Weges, der erst vor kurzem in der Bildung der Deutschen Demokratischen Republik seinen Ausdruck“ gefunden habe, sondern der Beginn einer neuen „Geschichte unserer Gegenwart, die in Stalingrad zu schreiben begonnen wurde“, und deren „sichtbarste(r) Ausdruck“ „800 Millionen Menschen (seien) [...] vereint und fest entschlossen den Frieden zu verteidigen“.³⁴ Allerdings vergaß der Autor nicht zu erwähnen, daß dieses Paradies auf Erden noch nicht allen Menschen zugänglich sei. Das könne aber nur eine Frage der Zeit sein, denn die „wunderbare Ermutigung“ von Stalingrad, sei nicht nur seinerzeit „auf die geschlagenen, vernichteten und völlig demoralisierten Reste der deutschen Soldaten (übergesprungen), die in diesem Augenblick vor sieben Jahren ihren Weg in die sowjetische Gefangenschaft und damit ihren Weg in das Leben antraten(!)“, sie werde nun auch in Westdeutschland „eine gewinnende und ermutigende Kraft“ freisetzen, „wie sie eine wahrhaft Nationale Front zur

³³ Ebenda.

³⁴ DRA Berlin, Bestand Hörfunk, B 204-02-01/0511, Kommentar von Dr. Rudolf Pallas am 1.2.1950.

Befreiung Westdeutschlands braucht“.³⁵ Stalingrad erscheint hier als zentraler Bestandteil des Gründungsmythos des „besseren“ Deutschlands.³⁶

Während hier die Geschichte eher auf einer abstrakten Ebene in Dienst genommen wurde, als Beleg für die „militärische, politische und moralische Überlegenheit der Sowjetvölker“³⁷ und zur Fundierung allgemeiner kommunistischer Heilsversprechen, argumentieren andere Beiträge konkreter. Wer aus dem Überfall auf die Sowjetunion lernen wolle, so Karl-Eduard von Schnitzler in seinem Kommentar vom 21. Juni 1950, müsse den Gedanken an eine Neutralität Deutschlands verwerfen.³⁸ Auch v. Schnitzler begann mit persönlichen Erlebnissen vom Vormarsch in die UdSSR und schilderte authentische Szenen vom Grauen des Krieges. „Und dennoch“ führte er weiter aus, „gibt es Menschen“, die das alles noch einmal wiederholen wollen.“ Diese Menschen, „sie träumen nur vom Vormarsch, von Kohlengruben, Weizenfeldern, Ölquellen und Arbeitstieren, die sie erobern wollen unter dem Vorwand, die abendländische Kultur zu schützen“, sitzen im „amerikanischen Generalstab“, und es sei auch klar, wer – trotz aller Aussichtslosigkeit ihres Unterfangens – die größten Opfer der von ihnen betriebenen Konfrontation³⁹ zu bringen hätte, nämlich die (gesamt-) deutsche Bevölkerung. Denn in Wahrheit gehe es nicht um „Ost oder West, sondern es geht um Krieg oder Frieden. Zwischen Krieg und Frieden aber gibt es keine Brücke, in dieser Frage gibt es auch keine Neutralität.“⁴⁰ Die Anknüpfung an kaum vergessenes kriegsbedingtes Leid und an verbreitete anti-amerikanische Ressentiments diente hier dem Zweck, die Behauptung einer einseitigen westlichen Aggression und der prinzipiellen Gleichartigkeit nationalsozialistischer und westlicher Sicherheitspolitik zu stützen und gegen das in der Bevölkerung populäre Konzept einer Neutralität Deutschlands zu polemisieren.

³⁵ Ebenda.

³⁶ Vgl. hierzu jetzt Michael Kumpfmüller, *Die Schlacht von Stalingrad. Metamorphosen eines deutschen Mythos*, München 1996.

³⁷ DRA Berlin, Bestand Hörfunk, B 204-02-01/0511, Kommentar von Dr. Rudolf Pallas am 1.2.1950.

³⁸ DRA Berlin, Bestand Hörfunk, B 204-02-02/0005.

³⁹ Die lt. v. Schnitzler im übrigen auch an der landwirtschaftlichen Front betrieben wurde, u.a. durch den Versuch, mittels „heimtückische(r) Attentate mit Kartoffelkäfern Friedenserfolge rückgängig (zu) machen“; ebenda.

⁴⁰ Ebenda.

Der Jahrestag der Vernichtung des französischen Dorfes Oradour⁴¹ wurde mit dem Projekt der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) in Verbindung gebracht, das zu diesem Zeitpunkt als Modell für die Einbindung einer remilitarisierten Bundesrepublik in das westliche Bündnis diskutiert wurde.⁴² Nach einer eindringlichen Schilderung der von der SS begangenen Verbrechen heißt es in einem Feature des Deutschlandsenders:

„Denkt dran! steht auch in englischer Sprache über dem Dorfeingang von Oradour – auch in englischer, denn die Politik der EVG ist die Fortsetzung der Politik der Vernichtung Oradours, jene amerikanische Politik, die mit Atomkanonen und Wasserstoffbomben die ganze Welt zu einem Oradour machen möchte. [...] Nie wieder Oradour! Niemals ein SS-Europa!“⁴³

Der Primat der Politik galt in den frühen fünfziger Jahren auch im Bereich des Hörfunks uneingeschränkt. Geschichte diente dabei auch dort zur Zementierung des ideologisch vorgegebenen Kurses. Das ist kein überraschendes Ergebnis; es entsprach dem programmatischen Anspruch der Partei, und die Kommentare verfolgten, mehr noch als andere Genres, das Ziel einer direkten Vermittlung der Politik an die Bevölkerung. Aber bemerkenswert ist doch die Radikalität, mit der die Komplexität historischer Vorgänge aufgelöst wurde, um sie einem dichotomischen Muster, das sich seinerseits im Grunde unter die Oberbegriffe „Gut“ und „Böse“ subsumieren läßt, unterzuordnen. Naheliegenderweise kam es dabei immer wieder zu inneren Brüchen mit einer Realität, die sich derart vereinfachten Vorstellungen nicht unterordnen ließ oder die sich aus Kurswechseln der Partei ergaben.

Ein Beispiel dafür liefert die politische Praxis im Bereich der gesellschaftlichen Integration Belasteter. Ebenso wie die Bundesrepublik stand auch die DDR vor dem Problem, daß ein erheblicher Teil ihrer Bevölke-

⁴¹ Am 10. Juni 1944 hatte die SS den Ort umstellt, die Männer zusammengetrieben und erschossen. Frauen und Kinder waren in der Kirche eingesperrt, das Gebäude danach angezündet worden. Die SS hatte auf jeden geschossen, der zu fliehen versuchte. Anschließend hatten die Deutschen den Ort geplündert und niedergebrannt. Das Verbrechen wurde von offizieller Seite als „Präventivmaßnahme“ gegen angebliche Waffenlager und als Vergeltung für Partisanenangriffe gerechtfertigt; vgl. Willi Dreßen, *Oradour-sur-Glane*, in: Benz, *Legenden*, S. 163-165; vgl. auch Anm. 3.

⁴² Die EVG war zum Zeitpunkt der Sendung politisch schon überholt. Sie wurde, nach einer Phase demonstrativer Nichtbefassung, im August 1954 von der französischen Nationalversammlung endgültig abgelehnt.

⁴³ DRA Berlin, Bestand Hörfunk, DS 54/1188, 2, Feature des Deutschlandsenders vom 10.6.1954.

rung das nationalsozialistische Regime maßgeblich gestützt hatte. Allen programmatischen Erklärungen zum Trotz konnte es sich die DDR unter dem starken außenpolitischen Druck zu Beginn der fünfziger Jahre nicht leisten, den ehemaligen Wehrmachtsoffizieren, „Pg.'s“ und anderen Systemträgern jede gesellschaftliche Perspektive zu verweigern und damit dem Keim einer oppositionellen Bewegung einen Nährboden zu bieten.⁴⁴

Mit dem „Gesetz über die staatsbürgerlichen Rechte der ehemaligen Offiziere der faschistischen Wehrmacht und der Mitglieder und Anhänger der Nazi-Partei“, das am 2. November 1952 von der Volkskammer verabschiedet wurde, hatte sich Ulbrichts Linie einer weitgehenden Integration Belasteter endgültig durchgesetzt. Der Kommentator, der die Aufgabe hatte, die propagandistische Begleitung des Gesetzes im Hörfunk zu gewährleisten, hieß Egbert von Frankenberg und Porschlitz und verkörperte diese Integration selbst wie nur wenige andere.⁴⁵ Er stand vor keiner leichten Aufgabe. Denn offiziell war alles, was mit „Faschismus“ zu tun hatte, externalisiert und zum Inbegriff des Bösen stilisiert worden. v. Frankenberg löste dieses Problem, indem er einen Spagat zwischen der nun proklamierten Linie der „Bewährung durch Tat und Gesinnung“ und der sonst allgegenwärtigen Externalisierung der Verantwortung für den Faschismus versuchte: Nun sei es an der Zeit „einen Schlußstrich unter die Vergangenheit“ zu ziehen, denn jetzt zähle nicht mehr die Vergangenheit, sondern die „nationale Tat“:

„Die wirklich Verantwortlichen, besonders Krupp, Pferdenges, Heusinger, Speidel usw., die das alte verderbliche Spiel von neuem beginnen wollen, sind (im Westen, C.C.) wieder in ihre Machtpositionen eingesetzt.“ Nun komme es darauf an, „sich in gemeinsamer Front mit allen verantwortungsbewußten Deut-

⁴⁴ Die Ausschaltung der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN), deren Mitglieder sich weigerten, den Kurs einer Integration ehemaliger Nationalsozialisten mitzutragen, und die statt dessen einen „im eigentlichen Sinne nicht politikfähigen“ moralistischen Ansatz (Groehler) verfolgten, hatte darin eine ihrer Ursachen; vgl. Olaf Groehler, Verfolgten- und Opfergruppen im Spannungsfeld der politischen Auseinandersetzungen in der Sowjetischen Besatzungszone und der Deutschen Demokratischen Republik, in: Danyel (Hrsg.), *Geteilte Vergangenheit...*, S. 16-30.

⁴⁵ Der „militärpolitischer Kommentator“ von Frankenberg hatte selbst eine steile NS-Karriere hinter sich, die erst endete, nachdem er in sowjetischer Kriegsgefangenschaft die Seite gewechselt hatte und als GRU-Agent und NKFD-Mitglied in Erscheinung trat (1931 NSDAP, 1932 SS, 1938/39 Legion Condor, 1943 Kommodore des Edelweißgeschwaders der Luftwaffe, 1943–1948 sowj. Kriegsgefangenschaft, 1943 Mitgl. des NKFD, 1944 durch das Reichskriegsgericht in Abwesenheit zum Tode verurteilt). 1949 trat v. Frankenberg der NDPD bei, 1956 wurde er als „Verfolgter des Naziregimes“ anerkannt.

schen gegen den Generalkriegsvertrag für einen Friedensvertrag zu vereinen“.⁴⁶

Die Projektion auf eine „bessere“ Zukunft bei gleichzeitiger Entsorgung historischer Schuld durch Export in den Westen half den Betroffenen über manchen Widerspruch hinweg. Schwieriger war es, wenn es darum ging, den Alltag in der NS-Zeit in ein Geschichtsbild zu integrieren, das nur einige Vertreter der Eliten für das NS-Regime und seine Verbrechen verantwortlich machte. Wie anderswo wurde das auch im Hörfunk meistens vermieden.⁴⁷ Ein Beispiel liefert ein Kommentar zum 1. Mai 1950. Er stellte einen Bezug zwischen dem 1. Mai 1945 in Buchenwald und einer Mai-Kundgebung im Jahre 1933 her. Die Feier im bereits befreiten Lager Buchenwald symbolisierte dabei die Macht einer einigen Arbeiterklasse, die sich selbständig vom Faschismus befreit habe. Bei einer Veranstaltung zum 1. Mai 1933 hingegen seien die Arbeiter zur Teilnahme gezwungen gewesen: „Und ich sah wie hinter dem Haufen von SA und SS auch Arbeiter – von ihrer Gewerkschaftsführung aufgefordert – im Takt des Mörderliedes einherstampften. Wut und Scham im Gesicht“.⁴⁸

Die Möglichkeit einer freiwilligen Teilnahme blieb ausgeschlossen, und damit zugleich das Anerkenntnis der breiten Unterstützung, die der Nationalsozialismus de facto auch durch weite Teile der Arbeiterschaft erfahren hatte. Zugleich wurde versucht, die Notwendigkeit einer Disziplinierung und Unterordnung unter den vorgegebenen politischen Kurs historisch zu begründen: Nur eine einige Arbeiterklasse könne den Faschismus besiegen.

Aus heutiger Sicht wirkt die Indienstnahme der antifaschistischen Vergangenheit für das Interesse des neugegründeten Staates, seine Existenz und die damit verbundene Herrschaft historisch zu legitimieren und damit gegen konkurrierende Positionen zu immunisieren, wenig schlüssig.⁴⁹ Zu-

⁴⁶ DRA Berlin, Bestand Hörfunk, B 095-00-01/017, Kommentar des Berliner Rundfunks vom 3.10.1952, Autor: Egbert von Frankenberg und Porschlitz.

⁴⁷ Vgl. hierzu Olaf Groehler, *Antifaschismus – Vom Umgang mit einem Begriff*, in: Ders./Ulrich Herbert, *Zweierlei Bewältigung. Vier Beiträge zum Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten*, Hamburg 1992, S. 29-40, hier S. 34f.

⁴⁸ DRA Berlin, Bestand Hörfunk, B 204-02-01/0045, Kommentar vom 29.4.1950, Autor: Hermann Zilles; In diesem Falle kann man, – zumal das Thema ohne Not angeschnitten wurde – annehmen, daß dem auch eine persönliche Integrationsleistung des Autors zugrunde lag.

⁴⁹ Vgl. zu den realen politischen Hintergründen der Entstehung der DDR, die sich bekanntlich insbesondere der Dynamik des Kalten Krieges verdankte, Christoph Kleßmann, *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955*, Bonn ⁵1991, S. 202f.

mindest reduktionistisch mutet das Konzept an, bei dem die Bewältigung von Vergangenheit allein in der Schaffung staatlicher Institutionen und der Proklamation einer entsprechenden Programmatik aufgehen sollte. Dennoch kann man vermuten, daß die Bindungskraft des Leitbildes „Antifaschismus“ und des Feindbildes „Faschismus“ trotz der skizzierten Brüche, trotz der an Einseitigkeit und Banalität kaum zu übertreffenden Deutungen und Argumentationszusammenhänge nicht gering war.⁵⁰

Das avisierte Ziel der politischen Führung bestand vor allem in der Bindung der Bevölkerung an einen Staat, der a priori unter einem Defizit an Legitimation litt, und damit zugleich in einer Rechtfertigung der eigenen Herrschaft. Wenn dieses Interesse zumindest teilweise Erfolg hatte, so kann dies darauf zurückgeführt werden, daß die politische Funktionalisierung der Vergangenheit in einigen wesentlichen Punkten auch gesellschaftlich funktional war, indem sie an verbreitete Bedürfnisse und Dispositionen anknüpfte.

Dies betrifft zu einen die inflationäre Weitung der Begriffe „Faschismus“ und „Antifaschismus“. „Faschismus“ war nach offizieller Lesart weder etwas Singuläres noch allein ein historisches Phänomen, sondern existierte als realer Feind im Westen fort. Die denkbar unpopuläre individuelle Auseinandersetzung mit der eigenen Verantwortung konnte unterbleiben, statt dessen ließ sich jede Schuld auf einige kapitalistische und militärbürokratische Eliten, die ihr Unwesen nun im Westen weitertrieben, projizieren. Damit war zugleich ein systemkonformer Weg der „Bewältigung“ des Faschismus aufgezeigt: Die Bekämpfung des neuen oder anhaltenden „Faschismus im Westen“. Hier deutet sich etwas an, was man als Interessenbündnis bezeichnen könnte: Die praktische Entlassung aus der Pflicht, sich mit seinem individuellen Anteil am Zustandekommen des Nationalsozialismus auseinandersetzen, war gebunden an eine Forderung zur Mobilisierung und Loyalität gegenüber dem System.

Der Begriff des „Antifaschismus“ wurde hingegen so weit ausgehöhlt, daß er als kleinster gemeinsamer Nenner hinreichend funktional war, um zum einen den Widerstandskämpfern und Opfern das Gefühl besonderer

⁵⁰ Dafür spricht nicht nur die Rolle des politischen Paradigmas Antifaschismus in der DDR, das dort zur dauerhaften Staatslegitimation wurde, sondern auch die Debatte nach 1989 über Antifaschismus als (erhaltenswerten) Teil einer politischen Kultur der DDR und als Konzept gegen den Rechtsextremismus. Vgl. hierzu: Antonia Grunenberg, Antifaschismus und politische Gegenwelten, in: Claudia Keller (Hrsg.), Die Nacht hat zwölf Stunden, dann kommt schon der Tag – Antifaschismus – Geschichte und Neubewertung, Berlin 1996, S. 9-23.

gesellschaftlicher Wertschätzung geben zu können, andererseits jedoch um durch seine Reduktion auf abstrakte Symbole und Rituale bei der Mehrheit der Bevölkerung keine Ressentiments auszulösen.⁵¹ Im Gegenteil: Wenn die DDR insgesamt ein „antifaschistischer Staat“ war, dann konnte man dieses Prädikat und das damit verbundene Gefühl moralischer Überlegenheit als Bürger zumindest partiell für sich selbst ebenfalls reklamieren. Voraussetzung war allerdings auch in diesem Falle ein Mindestmaß an Identifikation mit dem so etikettierten Staat.

Fast immer wird in den untersuchten Hörfunkbeiträgen die Vergangenheit in einer Art Dreischritt explizit mit der Gegenwart und der Zukunft verbunden. In der „bösen“ und „dunklen“ Vergangenheit liegt die „gute“ Ordnung und Politik der Gegenwart begründet, die ihrerseits, entsprechende Unterstützung der Bevölkerung vorausgesetzt, auf eine noch bessere Zukunft verweist, die zumeist mit ebenso visionären wie konsensualen Zielen charakterisiert wird. Die Vergangenheit ist damit abgeschlossen, die Konsequenz aus ihr längst gezogen. Kontinuitäten scheinen nicht zu bestehen, statt dessen wird ein radikaler Bruch postuliert. Auch hier ist die Funktionalität eines solchen Konstrukts für das verbreitete Interesse offensichtlich, die Zeit vor 1945 (und besonders die Kriegsjahre) lieber zu vergessen. Für die Jahre nach der Gründung der DDR kann das Angebot, die Vergangenheit als abgeschlossen zu betrachten, auf moralische Anklagen zu verzichten, und statt dessen einen Beitrag zum Aufbau einer besseren, sozialistischen Zukunft einzufordern, als ein für beide Seiten attraktiver Kompromiß zwischen Bevölkerungsmehrheit und Parteispitze gedeutet werden. Voraussetzung für ein solches Interessenbündnis war aber ein Umgang mit der Vergangenheit, der sie „doppelt enthistorisierte“. Einerseits, indem behauptet wurde, daß in der DDR die Verbindung zwischen Vergangenheit und Gegenwart radikal gekappt worden sei, andererseits, indem die Vergangenheit in die Gegenwart projiziert wurde, als gegenwärtiger Zustand des westlichen Blocks.

Anders als die Inhalte der untersuchten Radiosendungen spiegeln die Argumentationsmuster und -weisen eine kaum gebrochene Kontinuität zum Nationalsozialismus auf der Ebene subkutaner Wahrnehmungsraster und -kategorien. Dies zeigt sich an ihren schlichten Dichotomisierungen und dem dahinterstehenden Denken in Feindbildern ebenso wie in dem Versuch einer Mobilisierung der Bevölkerung durch die Erzeugung von

⁵¹ Danyel, Opfer- und Verfolgtenperspektive, S. 38ff..

Gemeinschaftsgefühl. Einen erheblichen Teil seiner Anziehungskraft dürfte das so strukturierte Geschichtsbild dem Umstand zu verdanken gehabt haben, daß es, abgesehen von einer ex-post Distanzierung auf der inhaltlichen Ebene, kein Umdenken erforderte. Hinsichtlich der Kategorien, Zuschreibungsweisen und Wahrnehmungslogiken scheint es vielmehr mit vorher verbreiteten Konstruktionen gesellschaftlicher Realität weitgehend kompatibel.

Schließlich sollte ein weiterer Aspekt bei der Begründung der Wirkungsmacht einer so besetzten Vergangenheit nicht ganz vergessen werden: ihre aus der damaligen Perspektive nicht völlig fehlende Plausibilität. Die Eskalation des Kalten Krieges und die damit verbundene Remilitarisierung und Kriegsgefahr mußte bei den Überlebenden des Zweiten Weltkrieges, an dessen materiellen und psychischen Folgen sie noch schwer trugen, reale Ängste auslösen. Hier konnte die Propaganda mit ihrer zweifellos überspitzten und einseitig auf den Westen projizierten Sichtweise zumindest vordergründig plausibel anknüpfen.⁵² Andererseits ist sicher auch Skepsis im Hinblick auf die Wirkung eines solchen Geschichtsbildes angezeigt. Die Plattheit der Argumentation, der trockene, oberlehrerhafte Duktus dürfte ebenso wie Inkonsistenz, Widersprüche zum subjektiven Erleben und nicht zuletzt die identische Ansprache von DDR- und BRD-Bürgern in den Sendungen⁵³ die beabsichtigte Wirkung eingeschränkt haben.

Betrachtet man das Geschichtsbild, das hinter den einzelnen Radiobeiträgen aufscheint insgesamt, so fällt auf, daß es jenseits ideologischer Etikettierungen bemerkenswerte Ähnlichkeiten mit verbreiteten Sichtweisen im Westen Deutschlands aufweist.⁵⁴ Auch in der DDR erschien der Nationalsozialismus im wesentlichen als monolithischer Terrorstaat, in dem der Bevölkerung nicht die Rolle eines konstitutiven Elements zukam, sondern die des primären Opfers der Herrschaft. Das Motiv des „Mißbrauchs“ nahm in den Argumentationen auf beiden Seiten der Grenze einen prominenten Platz ein. Die Darstellungen trafen sich in der Betonung der repres-

⁵² Ähnlich plausibel war ein Bezug im Bereich der Kontinuitäten von NS-Eliten, der Kritik am hastigen Ende und am Ergebnis der Entnazifizierung, an den allzu großzügigen Amnestieregelungen und, zumindest zeitweise, der Gefahr neofaschistischer Einflüsse in der Bundesrepublik; vgl. hierzu Frei, *Vergangenheitspolitik*, passim.

⁵³ Die meisten der Kommentare wurden auf allen drei Hörfunksendern ausgestrahlt, also auch auf dem speziell auf die Bundesrepublik ausgerichteten Deutschlandsender (der zwischenzeitlich Berlin II hieß).

⁵⁴ Vgl. Christoph Classen, *Die nationalsozialistische Vergangenheit in den Fernsehprogrammen von ARD und ZDF 1955–1965*. Magisterarbeit, Hamburg 1995.

siven Elemente der NS-Herrschaft, ihrer verbrecherischen Exzesse (unter weitgehender Ausklammerung des Holocaust) und des Krieges ebenso, wie in der Ausblendung des Alltags und der Überhöhung des Widerstandes⁵⁵ zur Rettung einer nicht kontaminierten nationalen Tradition. Das gesamtdeutsche Interesse an Exkulpation prägte das Bild des NS-Staates mindestens in gleichem Maße wie dessen Vereinnahmung für politische Zwecke. Umgekehrt ausgedrückt mußte jede Interpretation der Vergangenheit diesem Interesse Rechnung tragen, wenn sie die Chance einer positiven Rezeption durch die Bevölkerungsmehrheit haben sollte.

Die vergleichsweise schmale Basis homogener Quellen, die dieser Skizze zugrunde liegt, erlaubt es nicht, definitive Urteile über „den Faschismus“ respektive „Antifaschismus“ im Hörfunk der DDR zu fällen. Die in den Rundfunkcommentaren der stalinistischen Ära zu beobachtende Praxis der Besetzung und Instrumentalisierung dieser Begriffe zu politischen Kampfbegriffen ist zweifellos nicht zuletzt eine Folge des immensen Rechtfertigungsdrucks, dem sich das System und seine Repräsentanten gegenüber der stalinistischen Sowjetunion einerseits und dem westlichen Teil Deutschlands andererseits ausgesetzt sahen.

⁵⁵ Freilich bezogen sich die beiden Staaten jeweils fast ausschließlich auf „ihre“ Widerstandstradition. Blieb im Westen der kommunistische und sozialistische Widerstand praktisch ausgeblendet, so tat sich die DDR mit den national-konservativen und christlichen Elementen schwer; vgl.: DRA Berlin, Bestand Hörfunk, DS 54/1487, Kommentar des Deutschlandsenders zum 20. Juli vom 18.7.1954 (Wdh.: 19.7.1954), Autor: Gabriel Brüge.